

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
namens der Landesregierung

Proteste von Gesundheits- und Pflegepersonal gegen Bundesreformen

Anfrage des Abgeordneten MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos), eingegangen am
13.07.2026 - Drs. 19/11307,
an die Staatskanzlei übersandt am 10.08.026

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
namens der Landesregierung vom 10.09.2026

Vorbemerkung des Abgeordneten

Am 10. Juni 2026 fand in Hannover anlässlich der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) von Bund und Ländern eine große Kundgebung der Gewerkschaft ver.di statt. Mehr als 8 000 Menschen demonstrierten gegen die von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) geplanten Kürzungen im Gesundheits- und Pflegebereich. Die Demonstrierenden hielten rote Pappen in die Luft und riefen „Rote Karte!“ sowie „Warken stoppen!“¹

Der derzeitige GMK-Vorsitzende und niedersächsische Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, Dr. Andreas Philippi (SPD), sprach auf der Kundgebung und kritisierte die Bundespläne deutlich. Er betonte: „Wir dürfen den notleidenden Kliniken keine weiteren finanziellen Mittel entziehen. Andernfalls drohe die unkontrollierte Schließung notwendiger stationärer Einrichtungen.“²

Dr. Philippi erinnerte daran, dass die volle Refinanzierung von Tarifsteigerungen Teil eines Kompromisses zwischen Bund und Ländern zur Krankenhausreform gewesen sei. Diese nun - wie von Warken geplant - zu deckeln, berge erhebliche Risiken. Insgesamt habe der Gesetzentwurf „eine deutliche Schiefelage zulasten der Versicherten und der Krankenhäuser“. Für die Länder und insbesondere Niedersachsen versicherte er: „Eine Sozialreform, die zu großen Ungerechtigkeiten führt, wird mit uns nicht machbar sein.“

ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler erklärte auf der Kundgebung: „Das ist ein klares Signal an die Bundesregierung: Die Gesetze zur Kranken- und Pflegeversicherung dürfen so nicht beschlossen werden.“

1. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass mehr als 8 000 Beschäftigte aus dem Gesundheits- und Pflegebereich am 10. Juni 2026 in Hannover gegen die von Bundesgesundheitsministerin Warken geplanten Kürzungen demonstriert haben, und sieht sie darin ein Misstrauensvotum gegen die aktuelle Bundespolitik?

Die Änderungen im GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz lösen bei vielen Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich Unsicherheiten und Sorge aus. Die Landesregierung nimmt die Sorge und das Anliegen der Beschäftigten ernst. Die Teilnahme an Demonstrationen kann nicht als Misstrauensvotum bewertet werden.

¹ <https://www.verdi.de/gesundheits-soziales-bildung/themen/gesundheitspolitik/rote-karte-fuer-diese-politik>

² <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/proteste-gegen-kuerzungen-im-gesundheitswesen-mehr-8000-menschen-am-mittwoch-kundgebung-zur-gmk>

- 2. Welche konkreten Folgen für die Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in Niedersachsen erwartet die Landesregierung, wenn die von Bundesministerin Warken geplanten Kürzungen und die Deckelung der Tarifierfinanzierung umgesetzt werden - insbesondere hinsichtlich drohender Klinikschließungen und weiterer Personalflicht?**

Inwieweit die geplanten Kürzungen oder Deckelungen Klinikschließungen oder Personalflicht verursachen, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abschließend beurteilt werden.

- 3. Welche konkreten Schritte hat die rot-grüne Landesregierung seit Bekanntwerden der Kürzungspläne der Bundesregierung unternommen, um diese im Bundesrat oder auf anderen politischen Ebenen zu verhindern oder zumindest deutlich abzumildern?**

Die Landesregierung hat im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens versucht, den Vermittlungsausschuss anzurufen, hierfür konnte bei den Ländern aber keine Mehrheit gefunden werden.

- 4. Sieht die Landesregierung angesichts der oben beschriebenen Proteste und der genannten Kritik ihres eigenen Ministers die Gefahr, dass die geplanten Bundesreformen die ohnehin angespannte Personalsituation in der niedersächsischen Pflege weiter verschärfen und die Versorgungssicherheit in ländlichen Regionen gefährden?**

Die Landesregierung hat in der Vergangenheit auf die möglichen Auswirkungen dieser Gesetzesänderungen, insbesondere auf die wirtschaftlichen Folgen im Hinblick auf die Versorgungssicherheit hingewiesen. Im Fokus der Kritik stand jedoch stets, dass die wachsende strukturelle Finanzierungslücke nicht zulasten der Patientinnen und Patienten geschlossen werden dürfe.

- 5. Welche landeseigenen Maßnahmen plant die Landesregierung, um die negativen Auswirkungen der Bundesreformen auf die Gesundheitsversorgung in Niedersachsen abzufedern, falls es ihr nicht gelingt, die Kürzungen auf Bundesebene zu verhindern?**

Im Rahmen der Finanzierungssystematik zur Finanzierung der Krankenhäuser besteht die Zuständigkeit für die Finanzierung der Betriebskosten beim Bund und der Krankenkassen, sodass landeseigene Maßnahmen zur Unterstützung in diesem Bereich systemfremd wären.

- 6. Hält die Landesregierung es für realistisch, dass eine rot-grüne Landesregierung einer CDU-geführten Bundesgesundheitspolitik mit besagten Kürzungen im Gesundheits- und Pflegebereich wirksam entgegenzutreten kann, solange sie sich gleichzeitig auf Bundesebene in einer Großen Koalition oder ähnlichen Konstellationen befindet?**

Die Landesregierung befindet sich nicht in einer großen Koalition auf Bundesebene. Die Kritik der Landesregierung orientiert sich an Sachargumenten und ist nicht davon abhängig, ob ein Teil der Landesregierung aus der gleichen Partei stammt wie ein Koalitionspartner im Bund.

- 7. Wie bewertet die Landesregierung vor diesem Hintergrund die Forderungen von zahlreichen Seiten, die Koalition mit der CDU im Bund zu beenden? Ist diese Reform eine rote Linie für das Verhältnis der Landes- zur Bundesregierung?**

Ungeachtet von einem Dissens in diesem Zusammenhang wird die Landesregierung aufgrund einer Unstimmigkeit nicht das bestehende Verhältnis zur Bundesregierung infrage stellen.

8. Erwartet die Landesregierung, dass die von Minister Philippi auf der ver.di-Kundgebung geäußerte Position „Eine Sozialreform, die zu großen Ungerechtigkeiten führt, wird mit uns nicht machbar sein“ am Ende auch politisch durchgehalten wird - oder handelt es sich dabei lediglich um verbale Unterstützung für die protestierenden Beschäftigten ohne echte Konsequenzen? Plant die Landesregierung oder im Speziellen Herr Minister Dr. Philippi den Rücktritt, sollte die Sozialreform doch in der angekündigten Form beschlossen werden?

Nein.